

Empfehlungen zur grundlegenden Verankerung der Demokratiebildung in Qualifizierungsprozessen sozialer Berufe

- Menschenrechtsbezug und die ethische Verpflichtung zu humanistischen Werten als Grundlage sozialer Berufe:

Die Arbeit für, mit und am Menschen ist diesem Grundverständnis im besonderen Maße verpflichtet. Das muss sich auch in Ausbildungs- und Qualifizierungswegen abzeichnen. Die intensive Auseinandersetzung mit den universellen Menschenrechten und Kinderrechten gehört als Grundlage für Urteils- und Handlungskompetenz an erste Stelle einer professionellen Ausbildung sozialer Berufe.

- Kritische Auseinandersetzung zur Situationen und Umsetzung menschenrechtlicher Vorgaben und Reflexion zum eigenen Arbeitsauftrag:

Die unveräußerlichen Menschenrechte beschreiben keineswegs einen Ist-Zustand. Gerade in sozialen Berufen bewegen sich Akteure nicht selten im Spannungsfeld zwischen dem verpflichtenden Anspruch und gesellschaftspolitischen Realitäten. Zu einem professionellen Umgang gehört auch die menschenrechtsorientierte Reflektion aktueller Diskurse, Praxen und gesetzlicher Vorgaben (z.B. GG, AGG, etc.) sowie eigener Ausgangslagen und Handlungsweisen.

- Demokratie als grundlegendes Prinzip verankern:

Als logische Konsequenz menschenrechtlicher Verpflichtung ergibt sich der Anspruch alle Prozesse demokratisch zu gestalten. Das beginnt bei einer barrierefreien und antidiskriminierend angelegten Ausbildungsstruktur, welche gleichberechtigte Kommunikation und aktive Partizipation befördert. Für Demokratie lernen ist Demokratie (er)leben Voraussetzung.

- Implementierung von Antidiskriminierungsgrundsätzen in Bildungskontexten:

Es sind alle (Aus-)Bildungseinrichtungen anzuhalten, Antidiskriminierungsrichtlinien europäischer Gesetzgebung und Mitbestimmungsrechten Rechnung zu tragen und diese in ihren Leitbildern zu verankern und eigene Umsetzungsstrategien inklusive Beschwerdemanagement zu etablieren.

- Wissensvermittlung zu Demokratie als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform:

Wissen zu Funktionsweisen kommunikativer, gesellschaftlicher und im engeren Sinne, politischer Prozesse und zu den Konzepten zur Gestaltung gleichberechtigter Teilhabe, wie Gleichstellung, Gleichbehandlung oder Inklusion sind, in ihrem ganzheitlichen Verständnis für den künftigen Arbeitsauftrag, als handlungsweisend zu vermitteln.

- Den Blick für die Gefahren schärfen:

Ebenso wichtig, wie Kenntnisse zu demokratiefördernden Prozessen, ist das Verstehen und Erkennen der Gefahren und Gefährdungen menschenrechtsorientierter Prozesse. Dazu gehören gleichheitshemmende Faktoren, Mechanismen der Ausgrenzung und Diskriminierung, Ursachen wie Ungleichwertigkeit und Formen der Menschenfeindlichkeit. Nicht zuletzt schließt es auch Wissen zu demokratiefeindlichen und menschenverachtenden Strukturen, Organisationen und Strategien ein.

- Professionelle Handlungskonzepte methodisch erproben:

Um, unter Berücksichtigung eines aktiven Minderheiten- und Diskriminierungs- wie auch Kinder- und Jugendschutzes, Handeln und Gestalten zu erlernen, müssen Demokratie- und Vielfaltspädagogik, wie auch vorurteilsbewusste und diskriminierungskritische Bildung zum Standard professioneller Qualifizierung von Fachkräften aller sozialen Berufsgruppen erhoben werden.

- Vermittlungskompetenz für Fachkräfte mit Bildungsauftrag stärken:

Lernen muss als interaktiver und nicht als einseitiger Prozess des Unterrichts von Wissen verstanden werden. Die Kompetenz Lernprozesse inklusiv, selbstwirksam und vielfältig zielgruppenorientiert zu initiieren und zu moderieren, bedarf einem umfassenden Repertoire an Formaten und Methoden. Das Erlernen beginnt bereits mit dem Erleben entsprechend gestalteter Bildungsangebote im Rahmen der eigenen Ausbildungsprozesse.

- Öffnung und Umgestaltung universitärer Studiengänge:

In der wissenschaftlich ausgerichteten Lehre der Universitäten dominieren die Formate frontaler Wissensvermittlung in Form von Vorlesungen und Seminaren. Für die Qualifizierung von Fachkräften für die Praxis kommt der Erwerb von Handlungs- und Vermittlungskompetenz hierbei zu kurz. Für eine Umgestaltung und die Konzeption geeigneter Lehrformate, für ein Erfahren didaktischer und pädagogischer Zugänge, sind eine Öffnung universitärer Studiengänge und die Kooperation mit externen Bildungsträgern und Institutionen ratsam.

- Entwicklung professionsbezogener Standards der Demokratiebildung:

Gemeinsam mit ExpertInnen aus Praxis und Wissenschaft müssen im interdisziplinären Austausch professionsbezogene Standards erarbeitet werden.